

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX

Inhaltsübersicht

1. Teil

§ 1 Einleitung: Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren	1
--	---

2. Teil

§ 2 Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	9
§ 3 Treugut in der Insolvenz des Trenehmers	47
§ 4 Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Siche- rungszession als besondere sachenrechtliche Typen	55
§ 5 Absonderungsrecht an der eigenen Forderung: Kreditsicher- heiten aufgrund vereinbarter Aufrechnungsbefugnis, § 94, 2. Var. InsO	65
§ 6 Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persön- licher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners	73
§ 7 Rechtsstellung dinglich berechtigter Gläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	87
§ 8 Legislatorische Zielvorgaben als Prüfstein	91
§ 9 Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter	101

3. Teil

§ 10 Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzver- fahren vor dem Beschluss der Gläubigerversammlung nach § 157 InsO	125
§ 11 Rechtsprobleme der Verwertung von Absonderungsgut im Eröffnungsverfahren	131
§ 12 Vorrechte und Kompetenzen der Mobiliarpfandgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	151
§ 13 Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	165
§ 14 Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	169
§ 15 Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubigerselbstverwaltung	175
§ 16 Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	177
§ 17 Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläubiger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat	197

Inhaltsübersicht

§ 18	Duldungsklagen	205
§ 19	Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlösanteils	207
§ 20	Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	223
§ 21	Haftung des Insolvenzverwalters wegen Verletzungen des Rechts von Absonderungsberechtigten	249
§ 22	Besitz und Besitzschutz	257
§ 23	Rechtsstellung des Immobiliarpfandgläubigers	265
§ 24	Konkurrenz der Rechtsdurchsetzung von Aus-, Absonderungs- berechtigten und Insolvenzgläubigern im Insolvenzverfahren: „Pools“	289
§ 25	Finanzierungszwangsbeiträge für Betriebsfortführung und Sanierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte	303

4. Teil

§ 26	Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung	327
------	---	-----

5. Teil

§ 27	Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren . .	331
------	--	-----

6. Teil

§ 28	Verwertungsbefugnis der Sicherheitengläubiger im Verbraucher- insolvenzverfahren	343
------	---	-----

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

§ 1	Einleitung: Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren	1
I.	Faktischer Einfluss der gesicherten Gläubiger auf das über das Vermögen des Sicherungsgebers eröffnete Insolvenzverfahren	1
II.	Insolvenz des Sicherungsgebers als Prüfstein der Sicherungsrechte	2
	1. Insolvenz als Sicherungsfall	2
	2. Veränderungen durch die Insolvenzordnung	3
	3. Gang der Darstellung	4

2. Teil

§ 2	Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	9
I.	Bruch mit § 127 Abs. 2 KO: Zwang zur differenzierenden Betrachtung der dinglich berechtigten Gläubiger	9
II.	Teilnahme der absonderungsberechtigten Gläubiger am Verfahren mit dem vollen Wert der gesicherten Forderung	9
III.	Grundpfandgläubiger	11
IV.	Inhaber besitzloser Mobiliarsicherheiten	11
	1. Ausschließliches Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters	11
	2. Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösaus-schüttung nach den §§ 170, 171 InsO	15
	3. Pflichten des Insolvenzverwalters	17
	4. Doppelumsatztheorie	17
	5. Vermieter- und Verpächterpfandrecht	18
	6. Pfändungspfandrecht	19
V.	Besitz des absonderungsberechtigten Gläubigers an der Sache	20
	1. Vertragspfandrecht	20
	2. Wertpapierdepots	21
	3. Besitz des Sicherungseigentümers	22
VI.	Vorbehaltsverkäufer im Falle einfachen Eigentumsvorbehalts	22
	1. Aus- oder Absonderungsberechtigung?	22
	2. Vinkulierung des Eigentumsvorbehaltsgutes an die Masse in dem über das Vermögen des Käufers eröffneten Insolvenzverfahren	23
	3. Verfahrensrechtliche Stellung des Eigentums-vorbehaltsverkäufers	24
	4. Erfüllungswahl und gesetzlich angeordneter Schwebe-zustand	25
VII.	Sicherungszessionen	27
	1. Einziehungs- und Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters in dem über das Vermögen des Zedenten eröffneten Insolvenzverfahren	27

Inhaltsverzeichnis

	2. Beschränkte Rechtsübertragung oder beschränkte Rechtsausübung?	31
	3. Folgen für die Rechte von Zedent, vorläufigem Verwalter, Insolvenzverwalter und Zessionar	34
	4. Risiken der Kreditierung der Betriebsfortführung	35
	5. Rechtslage bei Pfändung und Verpfändung der Forderung	36
	6. Behandlung bereicherungsrechtlicher Ansprüche des Sicherungszessionars wegen vorkonkurslicher Forderungseinziehung durch Dritte	37
VIII.	Ersatzaus- und Ersatzabsonderung	38
IX.	Eigenverwaltung des Schuldners	39
X.	Verbraucher- bzw. Kleininsolvenzverfahren	40
XI.	Besicherte Massekredite	40
XII.	Besicherte Gesellschafterdarlehen	41
	1. Rechtslage vor dem MoMiG	41
	2. Rechtslage nach Inkrafttreten der MoMiG	41
XIII.	Besondere Absonderungsrechte	42
	1. Versicherungsrechtlicher Ersatzanspruch in der Insolvenz des Versicherten	42
	2. Verwendungen	42
	3. Frachtführerpfandrecht	42
XIV.	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger bei der Abschlags- und der Schlussverteilung	43
	1. Ausfall	43
	2. Abschlagsverteilung	43
	3. Schlussverteilung	44
XV.	Schematische Übersicht über Absonderungsrechte	45
§ 3	Treugut in der Insolvenz des Trenehmers	47
I.	Insolvenz des Sicherungsnehmers	47
II.	Fallgruppen	47
	1. Schuldrechtliche Treuhandabreden ohne dingliche Befestigung	47
	2. Treuhandkonten	50
	3. Wohnungseigentumsgemeinschaften	51
	4. Aussonderungskraft des Anfechtungsanspruchs	52
	5. Bürgschaften	52
§ 4	Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Sicherungszession als besondere sachenrechtliche Typen	55
I.	Greift die InsO in das Volleigentum des Sicherungseigentümers ein oder gestaltet sie ein besitzloses Mobiliarpfandrecht aus?	55
II.	Sicherungsabrede und Sicherheitseigentum	56
	1. Sicherheitseigentum als Volleigentum?	56
	2. Dingliche Reflexe der schuldrechtlichen Sicherungsabrede	58
	3. Sicherheitseigentum in der Zwangsvollstreckung	59
	4. Ungleichbehandlung von Zwangsvollstreckung und Insolvenzverfahren	61
	5. Folgerungen	62
III.	Sicherungszession als Typus	62

§ 5	Absonderungsrecht an der eigenen Forderung: Kreditsicherheiten aufgrund vereinbarter Aufrechnungsbefugnis, § 94, 2. Var. InsO	65
I.	Problemstellung	65
II.	Konzernverrechnungsklauseln	66
III.	Verrechnung im Kontokorrent	68
§ 6	Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persönlicher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners	73
I.	Arten persönlicher Sicherheiten	73
II.	Stellung von Gesamtschuldner und Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners	73
	1. Doppelanmeldeungsverbot	73
	2. Rechtliches Gehör des Bürgen	74
	3. Insolvenz des Hauptschuldners als Grund der Eintrittspflicht des Bürgen	74
	4. Ausschluss der Einrede der Vorausklage des Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners	75
	5. Betreiben der Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner durch den Bürgschaftsnehmer/Grundpfandgläubiger	76
III.	Konkurrenz von Bürgschaft und dinglichen Sicherheiten in dem über das Vermögen des Hauptschuldners eröffneten Insolvenzverfahren	76
	1. Konkurrenz außerhalb des Insolvenzverfahrens	76
	2. Einfluss des Insolvenzverfahrens auf das Verhältnis von Bürgen und dinglich gesicherten Gläubiger	77
	3. Haftungsrisiken des Insolvenzverwalters	81
IV.	Exkurs: Wirksamkeit der vom Insolvenzschnldner einem Dritten bestellte Bürgschaft	82
	1. Form und Inhalt der Bürgschaft	83
	2. Insolvenz der natürlichen Person als Bürge	84
§ 7	Rechtsstellung dinglich berechtigter Gläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	87
I.	Verfahrensrechtliche Wirkungen materiellrechtlicher Unterschiede der Rechtspositionen der Absonderungsberechtigten	87
II.	Beispiel	89
§ 8	Legislatorische Zielvorgaben als Prüfstein	91
I.	Fragestellung	91
II.	Verteilungsgerechtigkeit und Gläubigergleichbehandlung	91
III.	Gläubigergleichbehandlung	92
IV.	Erhöhung der Quote eröffneter Verfahren	94
	1. Begrenzung der kostendeckenden Masse auf die Massekosten i. S. v. § 54 InsO	94
	2. Pflicht des Insolvenzverwalters zur Masseverwertung im masseunzulänglichen Verfahren	95
	3. Haftungsprobleme	97
§ 9	Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter	101
I.	Problemstellung	101

Inhaltsverzeichnis

II.	Kreditsicherungsverträge	102
1.	Globalverträge	102
2.	Zessionsverbote	108
3.	Einzelübertragungen	109
4.	Sachenrechtliche Bestimmtheit	110
5.	Allgemeine Einwendungen des Insolvenzverwalters	111
6.	Sicherungsübereignung von Sachgesamtheiten	112
III.	Pfandrechtserwerb vom Nichtberechtigten	113
IV.	Fehlerquellen beim einfachen Eigentumsvorbehalt	114
1.	Widersprechende Erklärungen von Verkäufer und Käufer (Insolvenzschuldner)	114
2.	Veräußerungsketten	115
3.	Konzernvorbehalt	115
4.	Verbindung, Vermischung, Verarbeitung	115
V.	Insolvenzanfechtung der Bestellung von Sicherheiten	116
1.	Gläubigerbenachteiligung durch Sicherheitenbestellung in der Krise	116
2.	Inkongruente Deckung	116
3.	Verrechnung von Zahlung auf sicherungszedierte Forderungen	118
4.	Erwerb von Sicherungseigentum an eingereichten Schecks nach Nr. 15 AGB-BK	118
5.	Anfechtbarkeit des Sicherungserwerbs von Forderungen wegen Unbestimmtheit der Globalzession?	119
6.	Keine Vorverlagerung der Eröffnungswirkungen: § 91 Abs. 1 InsO und Anfechtung des Erwerbs von Pfandrechten	121
7.	Inkongruenz der Sicherung aus Vertragspfandrechten an künftig entstehenden Forderungen	121
8.	Austausch von Sicherheiten	123

3. Teil

§ 10	Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzverfahren vor dem Beschluss der Gläubigerver- sammlung nach § 157 InsO	125
I.	Verwertungsbefugnisse im eröffneten Verfahren als Maßstab der Befugnisse im Eröffnungsverfahren	125
II.	Eröffnetes Insolvenzverfahren	125
1.	Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	125
2.	Veräußerung von Gegenständen des Umlaufvermögens	128
§ 11	Rechtsprobleme der Verwertung von Absonderungsgut im Eröffnungsverfahren	131
I.	Schutz der Vermögenslage des Schuldners durch vorläufige Anordnungen des Insolvenzgerichts gegen Rechtsausübung der Absonderungsberechtigten	131
1.	Einstweiliges Verbot der Verwertung des Sicherungsgegen- standes durch den gesicherten Gläubiger	131
2.	Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen insolvenzgerichtlicher vorläufiger Anordnungen vor Entmachtung des Schuldners durch Erlass eines Eröffnungsbeschlusses	132

Inhaltsverzeichnis

II.	Keine analoge Anwendung der §§ 166 ff. InsO auf den vorläufigen Verwalter	132
	1. Keine Masseverwertung im Eröffnungsverfahren	132
	2. Rechtslage gem. § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO n. F. seit 1. Juli 2007	134
III.	Einzelfragen	135
	1. Betriebsfortführung im Eröffnungsverfahren	135
	2. Differenzierung nach Art der vorläufigen Verwaltung und Verwertungsmaßnahme	136
	3. Nutzung und Verbrauch von sicherungsübereigneten Sachen	137
	4. Befugnis zur Einziehung durch den Schuldner sicherungs- zedierter Forderungen	139
	5. Liquidität bei der Betriebsfortführung aus der Verein- nahmung von Beträgen aus sicherungszedierten Forderung	141
	6. Fallgruppen	142
IV.	Probleme des § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO n. F.	146
	1. Unklarheit des Wortlauts der neuen Vorschrift	147
	2. Aufgaben des Insolvenzgerichts und Unternehmens- liquidität	147
	3. Körperliche Sicherungsgegenstände/sicherungsüber- eignete bewegliche Sachen	148
§ 12	Vorrechte und Kompetenzen der Mobiliarpfandgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	151
I.	„Einbindung“ der dinglich gesicherten Gläubiger in das Insolvenzverfahren und „Unterwerfung“ der Sicherheiten- gläubiger unter das „Konkursregime“	151
	1. Masse und Substanzwert des Absonderungsgutes	151
	2. Folge: Vorrang der Absonderungsberechtigten	152
II.	Absonderungsberechtigung und Vorrechtsordnung	153
	1. Gesicherte Gläubiger und Aufgabe des neuen Insolvenz- verfahrens	153
	2. Ablösung politisch begründeter Vorrechte durch insolvenz- rechtlich zu respektierende materiellrechtlich begründete Vorrechtsordnungen	154
	3. Vorrechte aufgrund von Absonderungsrechten	155
	4. Vorrechte nach § 51 Abs. 4 InsO	158
	5. Vorrechte aufgrund versicherungsrechtlich begründeter Absonderungsrechte	162
	6. Vorrecht gem. § 32 DepotG	163
§ 13	Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	165
I.	Verfahrenseinleitung als elementare Befugnis „der“ Gläubiger	165
	1. Funktion der Fremdantragstellung für Gläubiger eines insolventen Schuldners	165
	2. Sicherung des Werterhalts gesicherter Gegenstände in einem geordneten Verfahren	166
II.	Rechtliches Interesse an der Eröffnung eines Insolvenzver- fahrens	166
	1. Bessere Erlösaussichten im Insolvenzverfahren	166
	2. Rechtsmissbrauch?	168
III.	Exkurs: Aussonderungsberechtigte Gläubiger	168

Inhaltsverzeichnis

§ 14	Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	169
I.	Fragestellung	169
1.	„Mitteilung“ von Absonderungsrechten des gesicherten Gläubigers an den Insolvenzverwalter	169
2.	Rechtliche Qualität der „Mitteilung“	169
3.	Judikatur	171
II.	Funktion der Mitteilung	171
1.	Ausschluss deliktischer Schadensersatzansprüche	171
2.	Ausschluss der Haftung nach § 61 InsO	172
3.	Beeinträchtigung der verfahrensrechtlichen Befugnisse bei unterlassener Mitteilung	173
§ 15	Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubigerselbstverwaltung	175
I.	Fragestellung	175
II.	Stimmverbote?	175
1.	„Erstickungstod“ der Gläubigerautonomie?	175
2.	Bedenken	176
§ 16	Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	177
I.	Wirtschaftlicher Hintergrund der Fragestellung	177
II.	Vollstreckung aus Herausgabetiteln durch den Sicherungsnahmer	178
1.	Vollstreckungsverbot wegen der Durchsetzung von Insolvenzforderungen	178
2.	Materiell-rechtliche Einwendungen gegen den Herausgabetitel	180
III.	Herausgabeklagen des Sicherungseigentümers aus dem Sicherungseigentum	184
1.	Fragestellung	184
2.	Rechtsschutzbedürfnis des auf Herausgabe klagenden Sicherungseigentümers	184
3.	Risiken einer Herausgabeklage des Sicherungseigentümers	185
4.	Gesetzliche Inhaltsbestimmung des beschränkt dinglichen Rechts Sicherungseigentum	187
5.	Befugnisse des Sicherungseigentümers außerhalb des Insolvenzverfahrens	188
6.	Herausgabeklage gegen den Schuldner als mittelbaren Besitzer	188
7.	Bedenken gegen die Ablehnung eines dinglichen Herausgabeanspruchs des Sicherungseigentümers gegen die Masse	189
8.	Prozessuale Konsequenzen für die Herausgabeklage	192
IV.	Klagen auf abgesonderte Befriedigung	193
1.	Gegenstand der Klage i. S. v. § 86 Abs. 1 Nr. 2 InsO	193
2.	Leistungsklage auf Zinsen	194
V.	Prozessuale Geltendmachung der sicherungszedierten Forderung	194
1.	Leistungsklage aus der Forderung	194
2.	Ausschließliche Prozessführungsbefugnis des Insolvenzverwalters	194

3.	Abweisung der entgegen § 166 Abs. 2 InsO durch den Sicherungszessionar erhobenen Leistungsklage als mangels Prozessführungsbefugnis unzulässig	195
4.	Streitverkündung gegen den Sicherungszessionar bei Offenlegung der Sicherungszession und durch den Insolvenzverwalter erhobener Leistungsklage	195
§ 17	Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläubiger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat	197
I.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts	197
1.	Begründung des Pfändungspfandrechts	197
2.	Gewahrsam des Schuldners	197
II.	Fortdauer der Verstrickung vorkonkurslich gepfändeter Sachen nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens?	198
1.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts	198
2.	Antrag des Insolvenzverwalters nach § 825 ZPO?	199
III.	Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	200
1.	Verwertung gepfändeter Sachen und § 89 Abs. 1 InsO	200
2.	Reichweite des § 80 Abs. 2 S. 2 InsO	200
3.	Erhalt des Nutzungspotenzials von Pfandsachen im Besitz des Schuldners für die Masse kraft gesetzlicher Anordnung	201
4.	Konkursbeschlagnahme der Pfandsachen im Besitz des Schuldners	202
5.	Rechtsbehelf des Insolvenzverwalters	202
IV.	Zwangsvollstreckungsrechtliche Grenzen	203
§ 18	Duldungsklagen	205
I.	Zulässigkeit	205
II.	Verwertung des Grundpfandrechts	205
§ 19	Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlösanteils	207
I.	Beschränkung des vorläufigen Rechtsschutzes des Mobiliarpfandgläubigers gegen Nutzung und Verwertung des Sicherungsgutes durch den Insolvenzverwalter	207
1.	Keine Sicherung oder Befriedigung von Herausgabeansprüchen des Absonderungsberechtigten im Wege vorläufigen Rechtsschutzes	207
2.	Wertverlust des Absonderungsgutes kein Verfügungsgrund	207
II.	Sicherung des Pfandgläubigers vor Verderb, Verschleuderung oder Wertverlust der Pfandsache	208
1.	Rechte des Absonderungsberechtigten nach § 168 Abs. 1 S. 2 und Abs. 3 InsO	208
2.	Bedeutung der Pflichten des Insolvenzverwalters gegenüber den Absonderungsberechtigten	210
3.	Fallgestaltungen	210
4.	Öffentliche Versteigerung der sicherungsübereigneten Sache	212
5.	Verwertungserlös bei Freigabe nach § 168 Abs. 3 InsO	212
6.	Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter	213
III.	Auskunftsansprüche der Absonderungsberechtigten gegen den Insolvenzverwalter	214
1.	Gesetzliche Regelung	214
2.	Grenzen	215

Inhaltsverzeichnis

	3. Durchsetzung	216
IV.	Masseforderungen des Absonderungsberechtigten auf Zins- und Wertverlustausgleich	216
	1. Verzinsung, § 169 InsO: Gesetzliche Regelung	216
	2. Umgang und Grenzen der Verzinsungspflicht, Beweislast	218
	3. Wertverlustausgleich, § 172 InsO	221
§ 20	Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	223
I.	Funktion der Verfahrenskostenbeiträge	223
	1. Kostenverursachungsprinzip	223
	2. Grenzen: Die Kosten zur Erhaltung des Absonderungsgutes	223
	3. Freigabe gem. § 170 Abs. 2 InsO	225
	4. Einbehaltung der Verfahrenskostenbeiträge vom Verwertungserlös und Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger	225
	5. Arten und Höhe der gesetzlich zu berücksichtigenden Verfahrenskosten	226
	6. Beweislast	228
	7. Abweichende Vereinbarungen zwischen Insolvenzverwalter und gesichertem Gläubiger	228
II.	Entlastung der Masse von der Umsatzsteuer	229
	1. Problembeschreibung	229
	2. Ausnahmen	230
	3. Gesetzliche Regelung	230
	4. Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Gutschriften bei Verwertung durch Sicherungsnehmer	231
III.	Konkurrenz verschiedener durch den Gegenstand gesicherter Absonderungsberechtigter	233
IV.	Umsatzsteuerpflichtigkeit des Verfahrenskostenbeitrages?	235
V.	Verfahrenskostenbeiträge bei ungerechtfertigter Verwertung des Sicherungsgegenstandes durch den Sicherungsnehmer	237
	1. Ungerechtfertigte Forderungseinziehung nach Eröffnungsbeschluss	237
	2. Forderungseinziehung vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	242
	3. Schutz der Befugnis des Insolvenzverwalters zur Verwertung von Absonderungsgut gem. § 166 Abs. 1 InsO	243
VI.	Eröffnungsverfahren	247
	1. Änderung des § 21 InsO	247
	2. Kritik	248
§ 21	Haftung des Insolvenzverwalters wegen Verletzungen des Rechts von Absonderungsberechtigten	249
I.	Insolvenzspezifische Sorgfaltspflichten des Verwalters gegenüber Sicherheitengläubigern	249
	1. Grundsatz	249
	2. Grund der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber Aussonderungsberechtigten	250
	3. Grund der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber Absonderungsberechtigten	251
	4. Grenzen der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber gesicherten Gläubigern	251
	5. Typische Fallgruppen der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber gesicherten Gläubigern	251

II.	Haftung gegenüber dem Sicherungszessionar für den Bestand der sicherungszedierten Forderung?	252
	1. Judikatur des BGH	252
	2. Kritik	253
III.	Haftung gem. § 61 InsO	253
	1. Fortführungs- und Verwertungspflichten des Insolvenzverwalters	253
	2. Judikatur des BGH zu § 61 InsO	255
§ 22	Besitz und Besitzschutz	257
I.	Possessorische Befugnisse des Insolvenzverwalters	257
	1. Vinkulierung des Sicherungsgutes an das schuldnerische Unternehmen	257
	2. Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	258
II.	Fälle der vor Verfahrenseröffnung erfolgten Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer	258
	1. Vorkonkursliche Verwertung des Sicherungsgutes	258
	2. Feststellungskosten	259
	3. Insolvenzanfechtung	259
III.	Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer nach Verfahrenseröffnung	262
	1. Überlegung zur Ausgangslage	262
	2. Anfechtungsrechtliche Konstruktion des BGH	263
§ 23	Rechtsstellung des Immobiliarpfandgläubigers	265
I.	Unterschied zur Stellung der Inhaber von Mobiliarsicherheiten	265
	1. Befugnisse des Insolvenzverwalters	265
	2. Befriedigung des Absonderungsberechtigten bei freihändigem Verkauf	267
II.	Insolvenzverwalter als Beteiligter des Zwangsversteigerungsverfahrens	268
	1. Eigene Befugnisse des Insolvenzverwalters	268
	2. Verfahrenskostenpauschale	268
	3. Insolvenzzrechtliche Bedeutung der Zubehöreigenschaft von beweglichen Gegenständen	269
	4. Verfahrensrechtliche Lage aufgrund des Antrags des Insolvenzverwalters	270
	5. Wahrung der Rechte der Gläubiger	272
III.	Verfahrensrechtliche Restriktionen der Rechtsausübung durch die Grundpfandgläubiger	272
	1. Ausübung der Absonderungsbefugnis nach dem ZVG	272
	2. Einfluss des Insolvenz- auf das Zwangsvollstreckungsverfahren	273
IV.	Regelungen des § 30d ZVG	274
V.	Werterhalt der Immobiliarsicherheit	275
	1. Geltung des Erhaltungsgrundsatzes auch bei insolvenzbe- gründeter Einstellung des ZVG-Verfahrens	275
	2. Ausgleichsansprüche nach § 30e ZVG	275
	3. Aufhebung der einstweiligen Einstellung des ZVG- Verfahrens	278
VI.	Zwangsverwaltung des Grundstücks	278
	1. Nebeneinander von Zwangsverwaltungs- und Insolvenz- verfahren	278
	2. Betriebsfortführung durch den Zwangsverwalter?	280

Inhaltsverzeichnis

3. Grundstücksnutzung	280
§ 24 Konkurrenz der Rechtsdurchsetzung von Aus-, Absonderungsberechtigten und Insolvenzgläubigern im Insolvenzverfahren: „Pools“	289
I. Heterogenität der Interessen der Gläubiger eines insolventen Schuldners	289
1. Vom concursus creditorum zur Masseverwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	289
2. Poolbildung als Instrument zur Verbesserung der Verfahrensabwicklung	289
3. Arten und materielle Rechtsstruktur von Pools	291
II. Verfahrensrechtliche Stellung eines Gläubigerpools	293
1. Beweiserleichterung zur Durchsetzung wirksam begründeter dinglicher Rechte an Gegenständen der Ist-Masse	293
2. Rechtsformen eines Pools	294
3. Treuhänderischer Charakter des Pools	295
III. Insolvenzzrechtliche Grenzen der Poolbildung nach oder vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	296
1. Unwirksamkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut nach Verfahrenseröffnung gem. § 91 Abs. 1 InsO	296
2. Judikatur zum Sicherheitenpool	297
3. Anfechtbarkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut in der kritischen Zeit vor Verfahrenseröffnung gem. §§ 131 Abs. 1, 132 Abs. 1 Nr. 2 InsO	299
IV. Stellung und Reaktionsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters	301
1. Ausgangspunkte der Entscheidungslage des Insolvenzverwalters	301
2. Handlungsmöglichkeiten	302
3. Entscheidungslage des vorläufigen Verwalters	302
§ 25 Finanzierungszwangsbeiträge für Betriebsfortführung und Sanierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte	303
I. Absonderungsrechte im Insolvenzplanverfahren	303
1. Bevorrechtigung der Gläubigergruppe gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO iSv § 245 InsO	303
2. Zur Konstitution der Gruppe absonderungsberechtigter Gläubiger gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO	305
3. Absoluter Vorrang dinglich gesicherter Gläubiger vor den ungesicherten Gläubigern	309
II. Teilnahme der Absonderungsberechtigten an der Beschlussfassung über einen Insolvenzplan	312
1. Abstimmung nach Gruppen	312
2. „Betroffenheit“ des absonderungsberechtigten Gläubigers als Voraussetzung seiner Teilnahmebefugnis	312
III. Erhaltung von dinglichen Sicherheiten gegen Fortführungsbeschlüsse der Gläubigerversammlung	312
1. Allgemeine Bedeutung der absolute priority rule	312
2. Erhaltung dinglicher Sicherheiten und Erhöhung der Insolvenzquote	313
3. Gemeinsames Interesse der Insolvenzgläubiger und der Grundsatz der Erhaltung der Absonderungsrechte	314

Inhaltsverzeichnis

IV.	Single asset real estate cases	314
1.	Fragestellung	314
2.	Fallbeispiel	315
3.	Schwierigkeiten der Gruppenbildung	318
4.	Bedingungen der Realisierbarkeit eines single asset real estate cases	319

4. Teil

§ 26	Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung	327
I.	Gesetzliche Regelung der Verwertungsbefugnis des Insolvenzschuldners nach den §§ 282 Abs. 1 S. 1, 165 ff. InsO	327
II.	Teleologische Reduktion der §§ 282 Abs. 1 S. 1, 165 ff. InsO?	328

5. Teil

§ 27	Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren	331
I.	Deutsches autonomes internationales Insolvenzrecht	331
1.	Mobiliarsicherheiten	331
2.	Immobiliarsicherheiten	332
II.	Europäisches internationales Insolvenzrecht: Die Regelungen der Art. 5 ff. EurlnsVO	332
1.	Rechte des Belegenheitsstaates	332
2.	Europäische internationale Befugnisse des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens	335
3.	Verwertung von Sicherungsgegenständen in Sekundärinsolvenzverfahren	336
4.	Insolvenzanfechtung	337
5.	Reichweite des Art. 5 EurlnsVO	337
6.	Eigentumsvorbehalt	338
7.	Grundpfandrechte	340

6. Teil

§ 28	Verwertungsbefugnis der Sicherheitengläubiger im Verbraucherinsolvenzverfahren	343
I.	Regelung des § 313 Abs. 3 InsO	343
II.	Kritik	344
III.	Aktivlegitimation des Treuhänders	344
IV.	Teleologische Reduktion des § 313 Abs. 3 InsO im Falle freihändiger Verwertung einer grundpfandbelasteten Immobilie des Insolvenzschuldners durch den Treuhänder	345
V.	Antrag des Treuhänders gem. § 153b ZVG?	346
VI.	Strukturprobleme eines Verbraucherinsolvenzverfahrens	347
	Stichwortverzeichnis	349